
6532/J XXIV. GP

Eingelangt am 05.10.2010

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten **Anna FRANZ,**
Kolleginnen und Kollegen

an die Frau Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst

betreffend Frauenberatungsstelle "Femail"

FEMAIL ist DIE Informations- und Servicestelle für Frauen in Vorarlberg. In persönlichen, vertraulichen Gesprächen erhalten Frauen Informationen zu ihren Fragen und Unterstützung bei der Klärung und Bearbeitung ihrer Anliegen. Als Plattform für innovative Ideen in Frauen- und Genderfragen werden aktuelle Themen aufgegriffen und damit neue gesellschaftspolitische Handlungsfelder geschaffen. Ziel dieses Engagements ist die Gleichstellung von Frauen und Männern.

FEMAIL engagiert sich seit nunmehr 15 Jahren für frauenspezifische Informationen und Beratungen zu Themen wie Beruf, Familie, Gesundheit, Wiedereinstieg, Partnerschaft und Geld. Über die Jahre entstand ein breites Spektrum an spezifischen Leistungen für Frauen und Partnerinnen bzw. Partner verschiedener Netzwerke. Neben Beratung zu Fragen der sozialen Sicherheit bietet FEMAIL begleitendes Frauencoaching für die Berufs- und Lebenswegplanung, Beratung für Frauen mit Migrationshintergrund, eine mehrsprachige Hotline für Frauen, zahlreiche Veranstaltungs- und Vortragsangebote und ist seit 2008 Drehscheibe für Fragen und Themen der Frauengesundheit.

2009 war ein spürbarer Anstieg der Inanspruchnahme der Beratungs- und Informationsangebote zu verzeichnen. Die Gründe liegen in der Weiterentwicklung der Beratungsangebote und der Fachstelle Frauengesundheit, der Beratung für Migrantinnen, den zahlreichen Vernetzungs- und Informationsleistungen sowie im anhaltend hohen Bedarf an frauenspezifischer Beratung.

FEMAIL kämpft seit Jahren mit Personalmangel. Bereiche der Informations- und Serviceangebote können mit dem derzeitigen Personalstand nicht mehr bewältigt werden. Eine weitere Verschärfung der Situation resultiert aus der derzeit sehr angespannten budgetären Situation. Frauenberatungsstellen sind von den Einsparmaßnahmen besonders hart betroffen, da sie auf die Förder- und Projektgelder von Bund und Land angewiesen sind.

Die Förderung von Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern ist begrüßenswert. Die Förderung von Maßnahmen bzw. von Frauenservicestellen (Frauengesundheitsstellen) stellt aber ein Ungleichverhältnis dar. So weist z.B. die Versorgung mit Frauenservicestellen im Bundesgebiet ein markantes „Ost-West-Gefälle“ auf. Der Bedarf ist im Westen bei weitem noch nicht gedeckt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesministerin für Frauen und öffentlicher Dienst nachstehende

Anfrage:

1. Wie viele Bundesmittel flossen in den Jahren 2007, 2008 und 2009 in die einzelnen Bundesländer differenziert nach Frauenservicestellen, Gesundheitszentren und Frauen-Projektförderungen?
2. Wie schaut diese Verteilung im Jahr 2010 aus?
3. Sollten sich Ungleichverteilungen ergeben - was sind die Gründe?
4. Wie soll diese Ungleichverteilung behoben werden?